

Vaduz, den 10. November 2011

## **MEDIENMITTEILUNG**

### **Der Regierungschef ist jetzt zu Antworten verpflichtet**

Das Präsidium der Bürgerpartei traf sich heute Vormittag zu einer kurzfristig einberufenen ausserordentlichen Sitzung. Grund hierfür war die Berichterstattung des Liechtensteiner Volksblatts hinsichtlich der Kündigung aller Belegärzte sowie die Aussage, dass sich das Pflegepersonal mit Abwanderungsgedanken beschäftige. Das Präsidium der FBP ist in grosser Sorge, ob das Landesspital als Säule der Grundversorgung des liechtensteinischen Gesundheitswesens unter solchen Umständen weiterhin seinen Betrieb aufrecht erhalten kann.

Das FBP-Präsidium fordert den Regierungschef auf, sofort und ohne Zeitverzögerung tätig zu werden und Massnahmen zu ergreifen, damit die Grundversorgung des liechtensteinischen Gesundheitswesens ohne Einschränkungen auch in Zukunft möglich sein wird. Der Bevölkerung Liechtensteins muss sofort die Sicherheit zurückgegeben werden, dass die Grundversorgung heute wie in Zukunft ohne Einschränkungen gewährleistet sein wird.

Das Präsidium der FBP beobachtet die Tatenlosigkeit des Regierungschefs mit grosser Sorge. Derzeit scheint sich der Regierungschef in dieser Frage zurückzulehnen und seiner Regierungskollegin Dr. Renate Müssner den Scherbenhaufen zu überlassen. Dies obwohl er sich öffentlich gegen den Neubau des Landesspitals aussprach und damit nicht nur seiner Regierungskollegin sondern der Gesamtregierung in den Rücken fiel und auch eine Verletzung des Koalitionsvertrages in Kauf nahm. Damit ist auch der Regierungschef in der Pflicht, sich bezüglich der Zukunft der Grundversorgung des Gesundheitswesens und somit jener des Landesspitals einzubringen. Der Regierungschef ist jetzt zu Antworten verpflichtet.

Denn unbeantwortet bleibt bis heute die Frage, ob auch er einfach ein ‚anderes‘ Spital will oder ob er überhaupt noch ein Landesspital will. Wir erwarten vom Regierungschef Antworten und auch eine klare Positionierung, falls er ein Landesspital möchte, wie es ausgestaltet sein soll, wie die Grundversorgung garantiert werden und wo das Spital seinen Standort erhalten soll.

Das Präsidium der FBP ist ob der Entwicklung besorgt. Es geht nicht nur um die Grundversorgung und die Zukunft des Landesspitals, sondern auch um Arbeitsplätze und somit Existenzgrundlagen. Davon sind viele Familien betroffen. Das Landesspital steht vor

einer unsicheren Zukunft. Deshalb ist es nachvollziehbar, wenn die Belegschaft und das Pflegepersonal nach anderen Arbeitgebern Ausschau halten und auch die Belegärzte sich um die Zukunft ihrer Patienten Sorgen machen und andere Spitäler ins Auge fassen. Wir fordern den Regierungschef auf, auch im Sinne dieser vielen Menschen sofort aktiv zu werden.

Die FBP steht zum Landesspital als Säule der Grundversorgung des liechtensteinischen Gesundheitswesens. Dieses Bekenntnis kann im Wahlprogramm der FBP für die laufende Legislaturperiode nachgelesen werden. Dieses Bekenntnis wurde mit der Ja-Parole des Landesvorstandes zur Volksabstimmung Landesspital bekräftigt. Die FBP steht auch vollumfänglich zum Koalitionsvertrag in welchem nachgelesen werden kann: „Positionierung des Landesspital im regionalen Gesundheitsmarkt als wettbewerbsfähige Leistungserbringerin mit bedarfsgerechten Angeboten.“ Wir erwarten, dass sich auch der Regierungschef an den Koalitionsvertrag hält und nun sich aktiv für die Umsetzung dieser Vereinbarung einsetzt.

---

Weitere Informationen erteilt Parteipräsident Alexander Batliner unter der Nummer +423 392 50 70